HERZSCHLÄGE BULLETIN
Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen
Nummer 1 Berlin - September 1994

Der erste Prozeßtag!

In Berlin begann am 20. September 94 der Prozeß gegen sieben Antifas, die Mehrzahl von ihnen junge türkische und kurdische Immigranten, denen „gemeinschaftlicher Mord" an Gerhard Kaindl, Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", vorgeworfen wird. Der ersten Prozeßtag war geprägt von Verzögerungen und Unterbrechungen, die vor allem durch überzogene Sicherheitsvorkehrungen verursacht wurden.

Insbesondere die Einlaßkontrollen waren vollkommen überzogen. Jede/r BesucherIn mußte die Schuhe ausziehen, ihre Kleidung wurde durchwühlt, sogar Papier und Bleistift wurden einbehalten, auch die Personalausweise der BesucherInnen wurden kopiert. Aus anderen Staatsschutzverfahren ist bekannt, daß die Daten an die Polizeibehörden weitergeleitet werden. Es entstand der Eindruck, daß die Sicherheitsvorkehrungen zur Einschüchterung und Ausspionierung der FreundInnen und UnterstützerInnen dienen sollten.

Dies stellte einen massiven Einschüchterungsversuch der Öffentlichkeit dar. Die Anwälte haben daher den Antrag gestellt, die überzogenen und den Grundsatz der Öffentlichkeit verletzenden Kontrollen einzustellen.

Aufgrund der nervenaufreibenden Kontrollen erreichten die ZuschauerInnen erst mit mehrstündiger (!) Verspätung den Verhandlungssaal, wo bereits elf bewaffnete Polizeibeamte saßen.

Die Pressebänke waren mit zahlreichen JournalistInnen voll besetzt, die internationalen ProzeßbeobachterInnen waren ebenfalls auf den Pressebänken plaziert.

Das Wiedersehen mit den Gefangenen, die teilweise bereits seit zehn Monaten in U-Haft saßen, war wunderschön. Mehmet, der an diesem Tag Geburtstag hatte, wurde ein Ständchen gesungen, die anderen wurden mit lauten Rufen und Applaus begrüßt.

Die Stimmung unter den Gefangenen war sehr entspannt und freundschaftlich, sie scherzten und redeten miteinander und bezogen auch die beiden Jugendlichen, die Aussagen in den Polizeiverhören gemacht hatten, mit ein.

Während der vielen Unterbrechungen war es möglich, mit den Angeklagten ein paar nette Worte zu wechseln, außerdem versorgten sie die Zuschauer mit Zigaretten, da bei den Einlaßkontrollen auch Tabak und Zigaretten konfisziert wurden.

Während des Prozeßes stellte sich der Personalien nicht hinaus. Der Prozeßtag mußte gegen 14.30, kaum daß er offiziell eröffnet war, wegen Verhandlungsunfähigkeit von Erkan abgebrochen werden. Erkan ist dem Augenschein nach in einer psychisch desolaten Verfassung; er machte den Eindruck, daß er mit starken Psychopharmaka behandelt wird.

Wir verabschiedeten uns mit einem langen Applaus und Sprechchören „Power durch die Mauer" und versprachen uns gegenseitig: „Wir kommen wieder!" Es droht weiterhin der Ausschluß der Öffentlichkeit und erst die nächsten Verhandlungstage werden eine Entscheidung bringen.



Folgendes heraus: Einige Tage zuvor hatte der Staatsschutz die Schöffen, Richterin und Staatsanwältin zu einem ominösen Anlaß eingeladen. Sie wurden u.a. über die Früherkennung von Briefbomben aufgeklärt und ermahnt, mehr auf ihre Umgebung zu achten. Ab sofort seien mehr Streifenwagen in der Umgebung der "Betroffenen" unterwegs. Die Tatsache, daß weder die Angehörigen der Gefangenen noch die AnwältInnen zu den "Betroffenen" gehörten, läßt vermutenaus welcher Ekke die Staatsschützer die "Bedrohung" gesehen haben möchten.

Der Prozeß kam über die Feststellung

Kommt zum Prozeß!

Das "Interesse" ziviler UnSicherheitskräfte und Rechtsextremer am Prozeß zeigen deutlich, wer als Öffentlichkeit nicht erwünscht ist.

Koordiniert eure Prozeßbesuche mit den UnterstützerInnen:

Für Berlin: Über das öffentliche Donnerstagstreffen: 19.00 Uhr, Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Für außerhalb: Über das Prozeßbüro (Tel.+Fax: 694 93 54)

Internationale Solidaritätsaktionen

Ohne die internationale Solidarität, insbesondere der internationalen ProzeßbeobachterInnen, wäre es nicht gelungen, diesem Prozeß eine solche Publizität zu verschaffen. Vor allem dadurch wurden die Medien zu einer objektiveren Berichterstattung gezwungen.

Der Tag vor Prozeßbeginn wurde zu einem internationalen Aktionstag:

Außer der Demo in Berlin beteiligten sich etwa 100 Menschen an einer Solidaritätsdemonstration in Hamburg. Im Bundesland Brandenburg hingen an mehreren Autobahnen und Schnellstraßen Solidaritätstransparente.

In ganz Europa kam es zu kleineren und größeren Solidaritätsaktionen und Kundgebungen vor deutschen Einrichtungen. Wir wissen bis jetzt von Aktionen in:

Holland (Amsterdam und Rotterdam), **England** (in Manchester fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt, in Newcastle gab es eine Kundgebung in der Innenstadt), **Norwegen** (Bergen und Tromsö), **Finnland** (Helsinki), **Spanien** (in Barcelona war eine Kundgebung von 150 Leuten vor dem deutschen Konsulat, in Valencia protestierten 50 Menschen ebenfalls vor dem deutschen Konsulat), in **Frankreich** (70 Leute vor der deutschen Botschaft in Paris, kurzzeitige Besetzung des Goethe-Instituts in Lyon, Kundgebungen in Rennes und Lille), in **Österreich** (Demo zur deutschen Botschaft in Wien), **Schweiz** (in Zürich fand eine Kundgebung vor der Deutsch-Schweizerischen Handelskammer statt, und es gab Öffentlichkeitsaktionen in Fernzügen mit Fahrtziel Deutschland), **Polen** (in Wroclaw Kundgebung vor dem deutschen Konsulat).

Selbst außerhalb Europas, in **Washington D.C.** fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt.

Diese Solidarität ist für uns beeindrukkend. Sie zeigt welch genaues Bewußtsein im Ausland über die Vorgänge in Deutschland besteht. Diese Solidarität mit den Angeklagten kann nicht hoch genug bewertet werden. Gerade in einem Land, dessen Regierung rassistische Pogrome nur aus Sorge um das „Bild Deutschlands im Ausland" nicht mehr schürte.

Drinnen und draußen...

Montag, 19. September

Zur Mobilisierungsdemonstration abends am 19.9. in Berlin-Kreuzberg kamen ca. 2000 Menschen zusammen. Über zwei Stunden ging die Demo in guter Stimmung durch den Kiez. Die provokative Machtdemonstration der massenhaft aufgefahrenen „Sicherheitskräfte" hielt die DemonstrantInnen in keinster Weise davon ab, gegen den Mordprozeß und für die Freiheit der Angeklagten zu demonstrieren. Die DemonstrationsteilnehmerInnen drückten ihre Solidarität mit den verfolgten und inhaftierten AntifaschistInnen aus. Wiederholte Aggressionen von Seiten der Polizei liefen ins Leere. Es wurde nochmal ausdrücklich dazu aufgerufen, sowohl den Prozeß, als auch die Kundgebung am folgenden Tag massenhaft zu besuchen.

Dienstag, 20. September

Um 9 Uhr morgens, parallel zum eigentlichen Prozeßbeginn, kamen ca. 300 Leute vor dem Landgericht Moabit zu einer Kundgebung zusammen. Bei guter Stimmung, versorgt mit Eßbarem und Kaffee, wurde Mehmet, einem der Angeklagten, ein Geburtstagsständchen gesungen. Den türkischen, kurdischen und deutschen FreundInnen im Gericht wurde viel Kraft und Glück für den ersten Prozeßtag gewünscht. Es gab Hintergrundinformationen zum Prozeß und



Direktes aus dem Gerichtssaal, dazwischen „Wunschkonzert" und unterschiedliche Redebeiträge. Nach einem kleinen Ausflug um die Ecke zum Knast und zurück und nochmaligen solidarischen Grüßen an die Gefangenen, endete die Kundgebung am naheliegenden U-Bahnhof gegen 12.30 Uhr.

Die aufgeblasene Mobilisierung von Seiten der Faschisten trug keine überwältigenden Früchte. Nur wenige trauten sich, das Terrain um das Gericht zu betreten. Eine große Anzahl von FreundInnen und Angehörigen besetzten jedoch schon ab dem frühen Morgen den Platz vor dem Eingang zum Sicherheitsbereich des Gerichts, wo der Prozeß stattfand. Sowohl einer größere Gruppe ziviler PolizistInnen, als auch einzelner Faschisten, darunter der be-

Gefangene freuen sich über Post

Fatma Balamir, BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friederich-Ollbricht-Damm 1713627 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Adresse wie oben

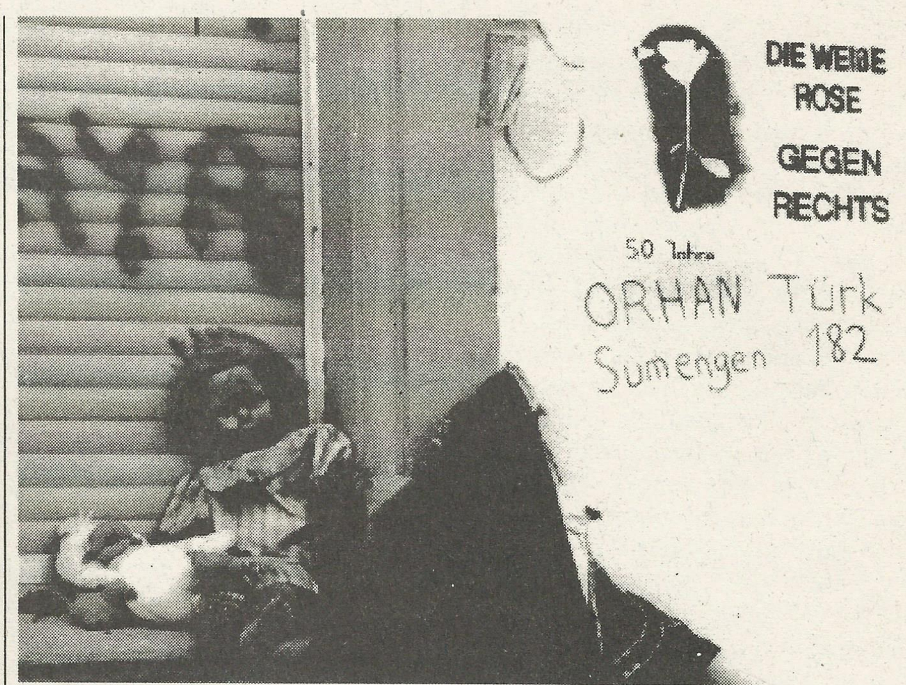
Seyho Karaaslan, UHA Moabit, Adresse wie oben

Carlo Blietz, UHA Moabit, Adresse wie oben

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

kannte BVV-Abgeordnete der Republikaner, Seifert, blieb der Eintritt zum Prozeß verwehrt. Leider konnte weder verhindert werden, daß Herr Seifert in einem Presseinterview die Wiedereinführung der Todesstrafe forderte, noch daß eine größere Gruppe brauner Schwafelköpfe um die Ecke, im Schutz der aufgefahrenen Polizei, gegenüber der Presse ihre übliche Hetze verbreitete.
Bis 11 Uhr konnte jedoch trotz allem der Prozeß nicht beginnen, da die Öffentlichkeit nicht zur Genüge im Prozeßsaal vorhanden war. Die Schuld dafür trugen die von der Vorsitzenden Richterin Eschenhagen extra für diesen Tag massenhaft abgestellten Polizeikräfte vor der Tür, die sowohl ausgiebige und zeitaufwendige Durchsuchungsarien betrieben, als auch den Besucherstrom stoppten, bevor die BesucherInnenplätze alle besetzt waren. Auch an den weiträumig aufgestellten Polizeisperren wurden FreundInnen und Familienangehörige stundenlang daran gehindert zum Gerichtsgebäude vorzudringen. Erst als gegen 11 Uhr ein Anwalt und die Vorsitzende Richterin selbst beim zuständigen Einsatzleiter intervenierten, konnten die freien BesucherInnenplätze besetzt werden. Der Prozeß konnte beginnen.
Die Idee, frühzeitig vor dem Gericht zu erscheinen, um unliebsamen BesucherInnen den Eingang zu verwehren, war genau richtig. Deshalb rufen wir alle FreundInnen auf, an den jeweiligen Prozeßtagen weiterhin massenhaft und frühzeitig zu erscheinen.





Solingen Juni 1993

Erklärung der internationalen ProzeßbeobachterInnen

Wir sind von weit her nach Deutschland gekommen, um dieses Verfahren zu beobachten, weil wir der Meinung sind, daß die sieben Angeklagten angesichts der gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge, aus denen heraus dieses Verfahren zustande gekommen ist, kein gerechtes Verfahren erwarten können.
Unsere ursprünglichen Sorgen bestätigten sich in einem Gespräch mit einem Vertreter der Rechtsanwälte der Angeklagten, der uns über Folgendes informierte:
1. Obwohl die Ermittlungsbehörden zugeben, daß keiner der sieben Angeklagten den Mord an G. Kaindl begangen hat, werden alle sieben Angeklagten trotzdem mit Hilfe des höchst fragwürdigen Konzepts der „kollektiven Schuld" wegen dieses Vergehens angeklagt, ohne das für diese Anklage eine ausreichende faktische Grundlage existiert. Kurz, die Mordanklage ist unter diesen Umständen nicht gerechtfertigt und von großer Härte. Diese Anklage spiegelt die politische Motive derjenigen wieder, die dieses Verfahren vor Gericht gebracht haben.
2. Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft beruht auf einer erzwungenen Aussage eines der Angeklagten, dem damals 17-jährigen Erkan S. mit einer Geschichte von psychischer Erkrankung. Erkan S. wurde zwei Wochen lang ohne rechtlichen Beistand durch die Polizei verhört. Diese Verhöre wurden nicht angemessen protokolliert. wir fragen uns, was die Polizei durch dieses Vorgehen zu verbergen und zu konstruieren versucht. Die Art und Weise des Verhörs und der Dokumentation stellen einen eindeutigen Mißbrauch des Rechtssystems dar.
Alle Seiten - das Gericht eingeschlossen - haben zugegeben, daß Erkan S. aufgrund seiner psychischen Erkrankung nicht in der Lage ist, wahrheitsgetreue Angaben über Ereignisse zu machen oder auch nur die Bedeutung der polizeilichen Verhöre zu erfassen. Wir haben Erkan S. im Gerichtssaal beobachtet und stimmen dieser Einschätzung zu.
Unsere Besorgnis hat sich noch weiter dadurch verstärkt als das Gericht am ersten Verhandlungstag sei-

(Fortsetzung nächste Seite)

... internationale ProzeßbeobachterInnen

ne Sitzung nach der Anhörung eines medizinischen Gutachters beenden mußte. Dieser bestätigte, daß dieser junge Mann psychisch so sehr erkrankt ist, daß er den Vorgängen im Gerichtssaal trotz der Anwesenheit seiner Anwälte und eines Arztes nicht folgen kann.
Wir kamen auch nicht umhin wahrzunehmen, daß trotz der Tatsache, daß die Vorsitzende alles versuchte, um den ordnungsgemäßen Fortgang der Verhandlung zu ermöglichen, die übermäßigen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei in diesem Verfahren den Verlauf des Verfahrens verzögern und stark beeinflussen. Wir müssen darauf hinweisen, daß es uns unter diesen Umständen nicht möglich zu sein scheint, Recht zu sprechen. Denn auf welche Weise kann die Präsenz von bewaffneten Polizeibeamten im Gerichtssaal der Wahrheitsfindung dienen.
Auch über die Art und Weise, wie die Angeklagten durch die Sicherheitsbeamten im Gerichtssaal und in den Untersuchungsgefängnissen behandelt werden, sind wir besorgt. Die Angeklagten erhielten während der Mittagsprozeßpause z.B. keine Getränke, und wir mußten erfahren, daß einer der Angeklagten immer noch in 23-stündiger Einzelhaft festgehalten wird.
Darüber hinaus konnten wir keinerlei Beweise für eine Verbindung zwischen der Gruppe Antifaşist Gençlik und der PKK finden. Wir halten es für dringend notwendig, daß diese Tatsache nicht nur von der Richterin, sondern auch von der Staatsanwaltschaft und den Medien zur Kenntnis genommen wird.

Wir sind davon überzeugt, daß in einem fairen und gerechten Verfahren alle sieben Angeklagten von dem Vorwurf des „gemeinschaftlichen Mordes und der gemeinschaftlichen sechsfachen schweren Körperverletzung" freigesprochen würden.

Gloria Echeveste,
MLN-Tupamaros, Uruguay
Julio Peralta,
MLN-Tupamaros, Uruguay
Mike Luft,
Searchlight-Magazine, Beauftragter f. Glynn Ford (MdEP), GB
Len Weinglass,
Rechtsanwalt USA
Yüksel Hos,
Rechtsanwalt, Internationaler Menschenrechtsverein (IHD), Türkei

Infos/Termine

Freitag, 30. 9. 22 Uhr: Informationsveranstaltung zum Prozeß, danach Party mit (vorauss.) Black Liberation Sound System im SO 36, Oranienstr. 189

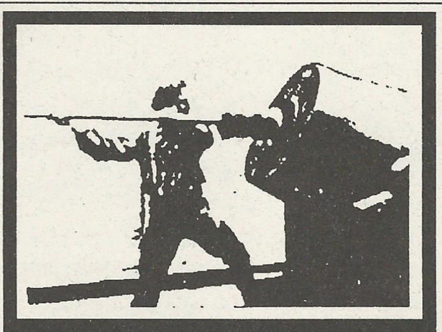
Donnerstag, 13.10., 18 Uhr TU-Gebäude: Lesung mit Nanni Belestrini

Montag, 31.10., 18 Uhr voraussichtlich im Roten Salon der Volksbühne: Lesung mit Mauricio Rosencof aus seinem neuen Roman

Weitere Veranstaltungen sind im Oktober geplant. Wir werden berichten.

Prozeßtermine:
Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße
30.09. / 04.10. / 07.10. / 11.10. / 18.10. / 21.10. / 25.10. / 28.10. / 01.11. / 04.11. / 08.11. / 11.11. / 15.11. / 18.11. / 22.11. / 25.11. / 29.11. / 02.12. / 06.12.

Besucht und beobachtet den Prozeß!
Um zu verhindern, daß sich wegen der langen Prozeßdauer die BesucherInnen anfangs auf die Füße treten und zu späteren Prozeßterminen kaum noch jemand kommt, haben wir folgende Bitte:
Die BesucherInnen, die von außerhalb Berlins anreisen, sollten sich „städteweise" zusammentun und jeweils, abwechselnd, eine Woche oder einen Prozeßtag übernehmen. Die Koordination läuft (ab der zweiten Prozeßwoche) über das Prozeßbüro in der
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel/Fax: 694 93 54.
Das Büro ist immer Donnerstags von 15-18 Uhr besetzt, ansonsten Anrufbeantworter oder schriftlich.
Auch innerhalb Berlins ist eine solche Koordination sinnvoll. Sprecht also mit Euren FreundInnen und Bekannten ab, ob, wann und zu wievielt Ihr als Gruppe zum Prozeß gehen wollt. Koordiniert Euch über das öffentliche UnterstützerInnentreffen, Donnerstags, 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon.



Das du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Wir brauchen auch Geld für die Unterstützung der gefangenen Antifas.

M. Holzberger
Kto.-Nr.: 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00

ACHTUNG!
Adressenänderung!
FreundInnen und UnterstützerInnen der gefangenen + gesuchten Antifas, c/o Prozessbüro, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.
Tel.+Fax: 694 93 54